

Schwerpunkt Der Sitzungstag des Sonderlandtags

Massnahmenpaket 4.0 im Landtag trotz offener Fragen unbestritten

Unterstützung Der Nutzen und die Notwendigkeit der weiteren 15 Millionen Franken für die Wirtschaft standen für alle Abgeordneten ausser Frage. Jedoch nutzten manche Parlamentarier die Gelegenheit, um vermeintliche Lücken aufzuzeigen.

VON MICHAEL WANGER

Bislang haben Staat und Gemeinden die heimische Wirtschaft mit etwa 64 Millionen Franken unterstützt. Damit sind von allen gesprochenen Unterstützungsgeldern aktuell noch rund 41 Millionen Franken übrig. Dennoch hat die Regierung am 22. Januar angekündigt, die Wirtschaftshilfe um weitere 15 Millionen aufzustocken. Dies, um einerseits die behördlich angeordnete «Winterruhe» besser zu überbrücken und andererseits, um die Härtefall-Zuschüsse weiterhin gewährleisten zu können. Das letzte Wort hatte allerdings der Landtag: Dieser stimmte dem Massnahmenpaket 4.0 am Freitag aber einhellig zu. Die Abgeordneten sind sich einig, dass dieser weitere Zuschuss wichtig und richtig ist. «Ob man nun ein Be-

fürworter der Coronamassnahmen ist oder nicht, die bisherigen Pakete haben die einschneidenden Massnahmen für die Wirtschaft bislang gut abgedeckt», meinte VU-Fraktionssprecher Manfred Kaufmann, «Das ist neben der Impfkampagne die einzige Möglichkeit, unserer Bevölkerung eine positive Perspektive zu geben.» Der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert ergänzte, dass sich Liechtenstein für alle Massnahmenpakete um keinen Franken verschulden musste. Eine Tatsache, die weit nicht für alle Staaten zutrefte. «Wir sind ein glückliches Volk», so Lampert.

«Ungleichberechtigung» kritisiert

Dennoch gab es auch kritische Anmerkungen seitens der Abgeordneten. Weniger zum Massnahmenpaket, mehr zur Härtefallregelung der Regierung: Diese decke zu wenige Branchen ab, so der FL-Abgeordnete Patrick Risch. Metzger, Floristen oder Textilreiniger seien in den Richtlinien beispielsweise nicht enthalten. Dass diese für Unterstützung auf die Gemeinden zugehen müssen, erhöhe den bürokratischen Aufwand für die Betroffenen, meinte Alexander Batliner von der FBP überdies. Es sei nicht zielführend, manche Entschädigungsleistungen über Landesebene zu regeln und manche nicht.

«Wir sind ein glückliches Volk.»

WENDELIN LAMPERT
FBP-ABGEORDNETER

Wirtschaftsminister Daniel Risch beschwichtigte diesbezüglich aber: Wenn in mehreren Gemeinden Anfragen aus derselben Branche eingehen, könnten die Gemeinden geschlossen auf die Regierung zugehen. So sei es beispielsweise bei den Fitnesscentern gewesen. Diese hätten vor Kurzem in einem gemeinsamen Schreiben die Unterstützung durch das Land gefordert. «Wir werden hierfür eine gute Lösung finden», versprach Risch.

Start-ups aussen vor gelassen?

Da sich die Regierung doch offen gegenüber «vergessenen» Branchen zeigt, konnte der FL-Abgeordnete Patrick Risch nicht nachvollziehen, warum die Voraussetzungen für Unternehmen dann derart strikt sind. Denn Entschädigung für behördlich geschlossene Betriebe (UEKplus) gibt es nur für Firmen, die vor dem 23. Oktober 2020 gegründet wurden. In die Härtefallregelung fallen sogar nur Unternehmen, die es schon vor dem 1. März 2020 gab. «Mit dem Massnahmenpaket 4.0 stellt die Regierung Start-up-Unternehmen ein Bein», befürchtete Risch.

Während der Coronapandemie habe es bestimmt die eine oder andere Neugründung gegeben. Folglich könnten junge Firmen also nicht auf eine staatliche Hilfe hoffen. Risch ist der Ansicht, dass die Zahl der Neugründungen 2020 überschaubar ist. «Warum also eine so «kleinliche» Frist? Diese auch noch ins Boot zu



holen, wäre für den Staat eine kleine Mehrbelastung», schlug Risch vor. Der Wirtschaftsminister argumentierte jedoch damit, dass bei Start-ups die Zahlen fehlen, die für die Berechnung notwendig sind (Vorjahresumsätze, Mehrwertsteuer etc.). Das soll aber nicht heissen, dass diese Firmen auf eine Unterstützung verzichten müssen. Es

handle sich dabei um Einzelfälle, die bei den Gemeinden gut aufgehoben seien. Zudem kam die Frage auf, ob die Kurzarbeitsentschädigung bis ins 3. Quartal 2021 verlängert wird. Gemäss Wirtschaftsminister sei es für eine solche Prognose aber noch zu früh: «Das werden wir vermutlich im Mai behandeln.»